

## Antrag

**der Abgeordneten Erhard Grundl, Tabea Rößner, Margit Stumpp, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Anna Christmann, Dr. Janosch Dahmen, Kai Gehring, Maria Klein-Schmeink, Ulle Schauws, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Kordula Schulz-Asche, Beate Walter-Rosenheimer, Lisa Badum, Stefan Gelbhaar, Sven-Christian Kindler, Christian Kühn (Tübingen), Steffi Lemke, Claudia Müller, Lisa Paus, Claudia Roth (Augsburg), Stefan Schmidt, Markus Tressel, Daniela Wagner, Gerhard Zickenheiner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Green-Culture-Konzept umsetzen – Klimaschutz als Pfeiler einer zukunftsfähigen Kulturpolitik verankern**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland hat sich im Rahmen des Klimaschutzgesetzes verpflichtet, bis 2030 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 55 % zu reduzieren. Damit diese Ziele erreicht werden, sind alle gesellschaftlichen Bereiche aufgefordert, ihren Beitrag zu leisten. Im Kunst- und Kulturbetrieb und bei vielen Kulturschaffenden gibt es bereits seit Jahren und auch während der Corona-Pandemie, die die Kultur- und Kreativwirtschaft stärker getroffen hat, als die meisten anderen Branchen, eine hohe Eigenmotivation, Klimaschutz in ihrer Branche voranzutreiben.

Die Spitzen wichtiger Museen in Deutschland forderten bereits im November 2019 in einem offenen Brief mehr Unterstützung für Klimaschutzmaßnahmen von der Kulturstaatsministerin. Hauptforderung des Briefes ist eine zentrale Task Force, die berät und zwischen den Protagonist\*innen und Bundesministerien vermittelt. Im Brief heißt es: „Kunst und Kultur haben das Potenzial, die Gesellschaft durch neue Ideen voranzubringen. Wir fordern, dass der Kulturbetrieb zum Vorreiter auch im Klimaschutz werden kann.“ (vgl. [www.monopol-magazin.de/offener-brief-klimaschutz-museum](http://www.monopol-magazin.de/offener-brief-klimaschutz-museum)). Warum Handlungsbedarf besteht, macht Prof. Dr. Stefan Simon, Direktor des Rathgen-Forschungslabors der bundeseigenen Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) deutlich. Laut Simon hatten nur die Häuser der SPK 2019 „einen Energieverbrauch von etwa 70 Millionen Kilowatt-Stunden. Das entspricht 30.000 Tonnen CO<sub>2</sub> bzw. 120.000 Flügen zwischen Zürich und London oder 150 Millionen gefahrene Autobahnkilometern“ (vgl. DER TAGESPIEGEL, Nr. 24 378, 01.12.2020, S. 24). Die Soziokulturellen Zentren, stets Vorreiter, wenn es darum geht, gesellschaftliche Themen aufzugreifen, haben das Projekt „Jetzt in Zukunft – Nachhaltigkeitskultur entwickeln: Praxis

und Perspektiven soziokultureller Zentren“ (vgl. [www.jetztinzukunft.de](http://www.jetztinzukunft.de)) initiiert, unter wissenschaftlicher Leitung des Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim. In der Clubszene existiert bereits ein Green Club Guide mit Leitfäden für grünes Clubbing (vgl. <https://clubtopia.de>). Viele Bands, wie bspw. Milky Chance, haben eine eigene Sustainable Mangerin (vgl. [www.milkychange.com](http://www.milkychange.com)) und orientieren sich an den Leitfäden des Green Touring Networks (vgl. <https://greentouring.net>), um ihre Touren klimaneutral zu gestalten. Initiativen in der Filmindustrie haben bereits Nachhaltigkeitsstandards für Kinos und grüne Filmproduktion ([www.initiative-gruenes-kino.de](http://www.initiative-gruenes-kino.de), [www.greenfilminitiative.de](http://www.greenfilminitiative.de)) erarbeitet.

Dies sind nur wenige Beispiele von Vielen, die hier genannt werden können.

Diese Maßnahmen geschehen in der Regel freiwillig, aus einer hohen intrinsischen Motivation heraus – ohne öffentliche finanzielle und organisatorische Unterstützung und ohne kulturpolitische Wertschätzung. Oft weiß das eine gute Projekt nichts über die Erkenntnisse des anderen, das eine Festival nichts über die Lösungen des Festivals im Nachbarkreis. Es fehlt an Vernetzung und zentraler Bündelung des Know-how. Es fehlt eine zentrale Anlaufstelle, die Beratung anbietet und Expertise vermittelt. Es fehlt an Expert\*innen, sogenannter Green Consultants. Es fehlt an einem einheitlichen Monitoring- & Reporting-Tool, das die Daten des Ressourcenverbrauchs aufnimmt und die Einsparungen sichtbar macht und somit fehlt es an validen Daten über die Ressourcenverbrauche der Kultureinrichtungen und -projekte. Es fehlt an klaren Vorgaben und Richtlinien, nach denen sich Kultureinrichtungen und Kreative richten können. Es fehlt an öffentlichen Debatten und einem Wissensaustausch über eine zukunftsfähige, nachhaltige Kulturproduktion. Es fehlt an konkreter Nachhaltigkeitsförderung in der Kulturbranche.

Das Ziel, die Kulturproduktion, -präsentation und -distribution ökologisch zukunftsfähig zu gestalten und sie in ihrer Transformation zu begleiten, steht innerhalb der Bundeskulturpolitik weder bei der Bundesregierung noch bei den Regierungsfractionen auf der Agenda. Das zeigen auch die Corona-Hilfsmaßnahmen im Rahmen des „Neustart Kultur I“-Programms. Die Bundesregierung hat versäumt, diese Mittel verpflichtend an ökologische Nachhaltigkeitskriterien zu knüpfen – insbesondere bei den Hilfen für pandemiebedingte Investitionen in Kultureinrichtungen. Der im November 2020 von der Kulturstaatsministerin erstmals veröffentlichte, doch recht knappe Nachhaltigkeitsbericht, ist eher ein Sammelsurium von bereits existierenden Maßnahmen, die versucht wurden, unter die UN-Klimaziele zu subsumieren. Eine empirische Datengrundlage über Ressourcenverbrauche, zumindest der eigenen, geförderten Häuser, fehlt vollends, wie auch eine Darstellung der Effekte der aufgeführten Maßnahmen in konkreten Einsparungszahlen (vgl. [www.bundesregierung.de/statisch/nachhaltigkeitsbericht-bkm](http://www.bundesregierung.de/statisch/nachhaltigkeitsbericht-bkm)). Positiv ist, dass seitens der Kulturstiftung des Bundes nun erste größere Modellprojekte gestartet wurden, um an valide Daten zu Verbrauch und Einsparungen im Bereich der Betriebsökologie zu gelangen. Und auch eine erste finanzielle Unterstützung des Aktionsnetzwerk Nachhaltigkeit (vgl. [aktionsnetzwerk-nachhaltigkeit.de](http://aktionsnetzwerk-nachhaltigkeit.de)) ist ein richtiger Schritt. Leider aber zeigt sich auch hier, u. a. anhand der sehr geringen finanziellen Förderung des Aktionsnetzwerkes, dass die bisherigen Maßnahmen nur kleine Tropfen auf den heißen Stein sind, die der Relevanz der Klimakrise für die Gesellschaft und somit auch für den Kulturbetrieb nicht gerecht werden.

Die antragstellende Fraktion hat in einem umfassenden Green-Culture-Konzept aufgezeigt, wie die Bundeskulturpolitik in Kooperation mit den vorhandenen Initiativen und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen, die Betriebsökologie der Kulturproduktion, -präsentation und -distribution ökologisch zukunftsfähig gestalten kann (vgl. [www.gruene-bundestag.de/files/beschluesse/beschluss-green-culture.pdf](http://www.gruene-bundestag.de/files/beschluesse/beschluss-green-culture.pdf)). In einem weiteren Konzept wurden bereits Strategien für umweltfreundliche Filmproduktionen und grünes Kino aufgezeigt und die Bundesregierung auch hier aufgefordert, die Branche dabei zu unterstützen (vgl. [www.gruene-bundestag.de/files/beschluesse/beschluss-gruener-film.pdf](http://www.gruene-bundestag.de/files/beschluesse/beschluss-gruener-film.pdf)). Die mit den Initiativen zusammen erarbeiteten Maßnahmen

müssen jetzt umgesetzt werden, damit die Kultur- und Kreativbranche nicht wissentlich aus der einen Krise in die nächste geschickt wird.

Deutschland ist ein Kulturland. Wir haben die meisten Theater und Opernhäuser weltweit. Dazu kommen zahlreiche Museen, Soziokulturelle Zentren, Galerien, Festivals, Clubs, Kinos und vieles mehr. Der deutsche Kulturbetrieb muss jetzt ökologisch und zukunftsfähig gemacht werden. Die Potentiale von Kunst und Kultur als Innovations-treiber wollen wir nutzen. Die Kosten, die wir jetzt aufwenden müssen, sind nichts gegen die Folgekosten und Auswirkungen, die anfallen und entstehen, wenn wir zu spät handeln: Die Zerstörung unserer Umwelt und der Zerfall unserer kulturellen Vielfalt und Infrastruktur kann und muss aufgehalten werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Klimaschutz als zentralen Pfeiler in der Kulturpolitik zu verankern, um die ökologische Transformation der vom Bund geförderten sowie privater und freier Kultureinrichtungen und -projekte zu unterstützen und Maßnahmen zum Klimaschutz in allen kulturpolitischen Handlungen mitzudenken;
2. einen Green Culture Desk einzurichten, diesen mit einer Geschäftsstelle auszustatten und folgende Aufgaben zu übertragen, die im engen Austausch und in Zusammenarbeit mit den relevanten Initiativen und den zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen umgesetzt werden sollen:
  - a) den Aufbau einer zentralen Anlaufstelle für Beratung von Kultureinrichtungen und -akteur\*innen zu Fragen der ökologischen Transformation,
  - b) den Aufbau eines Green-Consultants-Pool, durch Identifizierung, Vernetzung und Qualifizierung von Green Consultants sowie der Einrichtung einer Green-Consultants-Datenbank,
  - c) die Entwicklung/Lizensierung eines einheitlichen Monitoring- & Reporting-Instruments zur Messung der Ressourcenverbräuche und -einsparungen bei Kultureinrichtungen und -projekten,
  - d) die Mitgestaltung des öffentlichen Diskurses zu Fragen der ökologischen Transformation im Kulturbereich und der Kulturpolitik;
3. sicherzustellen, dass der Aufbau des Green Culture Desks nach dem „Bottom-up-Prinzip“ vollzogen wird, unter Einbezug der Kulturverbände, Kulturakteur\*innen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Energieagenturen und weiteren relevanten Akteur\*innen, um bereits vorhanden Strukturen zu nutzen und zu unterstützen sowie die Expertise der Szene zu bündeln;
4. die Teilnahme am Green-Culture-Monitoring- & -Reportingverfahren als festes Förderkriterium bei allen öffentlichen Kulturförderungen verpflichtend in die Fördervoraussetzungen aufzunehmen;
5. die Beratung über Green Consultants in den Kultureinrichtungen und -projekten als förderfähige Ausgaben anzuerkennen;
6. für den Aufbau des Green Culture Desks und die weiteren notwendigen Maßnahmen für die ökologische Transformation der Kulturproduktion, -präsentation und -distribution einen Green Culture Fonds einzurichten, der in einem ersten Schritt:
  - a) für den Aufbau des Green Culture Desk 5 Millionen Euro vorsieht, wobei hier bestehende Strukturen, wie das Aktionsnetzwerk für Nachhaltigkeit in Kultur und Medien für den Aufbau und die Vernetzung genutzt werden sollen,
  - b) für die durchzuführenden Maßnahmen und Projektförderungen eine Förder-summe von 100 Millionen für die ersten drei Jahre bereithält;

7. eine unabhängige Evaluierung der Arbeit des Green Culture Desks nach drei Jahren vorzunehmen;
8. die Vergabe der Mittel des angekündigten „Neustart Kultur II“-Programms, das mit 1 Milliarde Euro ausgestattet sein soll, verpflichtend an Nachhaltigkeitskriterien zu koppeln, insbesondere bei investiven Maßnahmen. Zudem sollen auch Weiterbildungen zum Thema der nachhaltigen Ausrichtung der Kultureinrichtungen und -projekte aus den Mitteln finanziert werden können;
9. neuen Formen der künstlerischen Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit zu fördern, um neben den Maßnahmen zur Betriebsökologie, das Potential und die Impulse von Künstler\*innen, Wissenschaftler\*innen und Akteur\*innen der Zivilgesellschaft für eine Transformation der Nachhaltigkeit unserer Gesellschaft zu nutzen. Dazu soll der Aufbau von langfristigen Förderstrukturen sowie Experimentier- und Freiräumen und hybriden Modellen von Kooperationsprojekten gefördert werden, die eine ressortübergreifende, transdisziplinäre Förderung erlauben.

Berlin, den 23. März 2021

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**

## **Begründung**

Zu 1: Klimaschutz in der Kultur- und Kreativwirtschaft ist kein Luxusthema. Auch nicht in Zeiten von Corona. Eine Kulturpolitik, die den Ernst der Klimakrise erkennt, braucht eine konsequente Ausrichtung nach Kriterien des Klimaschutzes und der ökologischen Nachhaltigkeit. Diese Kulturpolitik, lässt die kreative Freiheit der Kulturschaffenden unberührt. Sie ist ein unbürokratisches und sich weiterentwickelndes Angebot an die Kulturszene.

Zu 2: Ein zentrales Ziel grüner Kulturpolitik ist es, den ökologischen Transformationsprozess auch im Kulturbereich zu begleiten und Akteur\*innen und Initiativen, die mit innovativen Ideen und Konzepten arbeiten, zu identifizieren, zu vernetzen und zu unterstützen. Wir wollen mit dem Green Culture Desk eine zentrale Beratungs- und Vernetzungsinstanz schaffen, die alle bisherigen Aktivitäten zur ökologischen Transformation des Kulturbetriebes identifiziert und vernetzt. Durch den Fokus auf die Unterstützung der Pionier\*innen der Branche und die Nutzung und Bündelung der vorhandenen Strukturen kann der Green Culture Desk auf vier unterschiedlichen Säulen auf die Voraussetzung einer diversen Kulturszene und der Akteur\*innen in ihr reagieren. Die vier Säulen und Kernforderungen sind: 1. Eine zentrale Anlaufstelle (Forderung 2a), 2. Die Identifizierung und Qualifizierung von Green Consultants (Forderung 2b), 3. Das Monitoring und Reporting der wichtigen Daten über Verbrauch und Einsparungen von Kultureinrichtungen und -projekten (Forderung 2c) und 4. Die Mitgestaltung des öffentlichen Diskurses zu dem Thema (Forderung 2d). Der Green Culture Desk soll sich durch einen partizipatorischen Aufbau definieren. Weitere Informationen zum Green Culture Desk hier: Fraktionsbeschluss „Green Culture – Klimapolitik in den Mittelpunkt von Kulturpolitik stellen, 28.09.2020, vgl. [www.gruene-bundestag.de/files/beschluesse/beschluss-green-culture.pdf](http://www.gruene-bundestag.de/files/beschluesse/beschluss-green-culture.pdf)).

Zu 3: Eine moderne Kulturpolitik, die sich auf Kriterien des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit stützt, darf keine Parallelstrukturen von oben über eine aktuell durch die Corona-Krise gebeutelte Kulturbranche stülpen. Es gilt den Netzwerkgedanken zu stärken und die Ideen und Initiativen aus der Szene sichtbar zu machen, von ihnen zu lernen, ihnen finanzielle Anreize und organisatorische Unterstützung anzubieten und ihnen verlässliche politische Rahmenbedingungen zu geben. Die unter Punkt zwei aufgeführten Säulen des Green Culture Desks sollen in ihrer detaillierten Ausgestaltung mit den Initiativen, Kultureinrichtungen und -projekten, der kulturpolitischen Zivilgesellschaft und Forschungseinrichtungen sowie den betroffenen Bundesministerien gemeinsam ausgearbeitet werden. Diese Aufgabe soll der Green Culture Desk koordinieren.

Zu 4: In Deutschland liegen weder Daten zum Ressourcenverbrauch von den staatlich geförderten Kultureinrichtungen und -projekten noch von denen aus der freien Szene und privaten Kultur- und Kreativwirtschaft vor. Die wenigen Daten, die aktuell vorliegen sind nicht standardisiert und für einen Vergleich wenig aussagekräftig. Um Einsparungen messen und als Beitrag für das Erreichen der Klimaziele Deutschlands anrechnen zu können, bedarf es der flächendeckenden Datenerhebung. Das europäische Ausland ist in diesem Bereich bereits weiter. Nach Vorbild der englischen gemeinnützigen Organisation Julie's Bicycle (vgl. <https://juliesbicycle.com>), die die englische Kulturszene dabei unterstützt, sich für den Klimaschutz und die ökologische Nachhaltigkeit einzusetzen, sollen von allen vom Green Culture Desk begleiteten Kultureinrichtungen und -projekten Daten zum Ressourcenverbrauch evaluiert werden. So soll langfristig ein Datenpool mit Kennzahlen und Erfolgen in der ökologischen Transformation angesammelt werden. Um den Kultureinrichtungen und Projekten das Monitoring ihrer Verbräuche zu vereinfachen, soll der Green Culture Desk, ebenfalls nach Vorbild von Julie's Bicycle, ein Green-Culture-Monitoring- & -Reporting (M&R)-Tool entwickeln. Mit dem M&R-Tool sollen auf einfache Weise bspw. Energie- und Wasserverbrauch, Abfallerzeugung und Recycling sowie Ressourcenverbrauch bei Reisen und Produktionen gemessen werden können. Die Ergebnisse werden dem Green Culture Desk zur zentralen Evaluierung übermittelt und dienen den Akteur\*innen dazu, ihre Umweltstrategien anzupassen und weitere Strategien zu entwickeln. Die Bundesregierung kann die Daten aufbereitet nutzen, um sie als zusätzlichen Beitrag zum Erreichen der Deutschen Klimaziele einzuspeisen. Die Kultureinrichtungen und -projekte, die durch das Green Culture Desk beraten werden und Förderungen in Anspruch nehmen, sollen verpflichtend an dem Monitoring- und Reportingverfahren teilnehmen, um die Datenlage in Deutschland signifikant zu verbessern.

Zu 5: Um dem Ziel näher zu kommen, dass jede Kultureinrichtungen und jedes Kulturprojekt entsprechende Beratung durch Green Consultants bekommen, sollen die Kosten in den Projektanträgen sowie institutionellen Förderungen als förderfähige Ausgaben anerkannt werden. Bei privaten Kultureinrichtungen und -projekten, die bisher keine öffentlichen Förderungen bekommen, sollen die Maßnahmen aus dem Green Culture Fonds gefördert werden, wenn die Einsetzung von Green Consultants nachweisbar nicht durch das Budget getragen werden kann.

Zu 6: Der Aufbau eines Green Culture Desks, der ökologische Umbau der Kulturhäuser und die Transformation hin zur ökologischen Kulturproduktion, müssen durch öffentliche Förderungen angestoßen werden, da die Einrichtungen und Kulturakteur\*innen aufgrund der häufig angespannten wirtschaftlichen Situation in der Kulturszene, die finanziellen Mittel mehrheitlich nicht selbst aufbringen können. Aufgabe des Green Culture Fonds ist es, Einrichtungen und Projekte zu fördern, die ihre Häuser und Projekte ökologisch zukunftsfähig gestalten wollen und bestenfalls Modellcharakter haben – und das unbürokratisch. Antragsberechtigt für Mittel aus dem Green Culture Fonds sollen sowohl öffentlich geförderte Einrichtungen und Projekte sein wie auch private Akteur\*innen der Kultur- und Kreativwirtschaft und der freien Szene. Die Antragsstellung und -abwicklung erfolgt über das Green Culture Desk. Auf Grundlage von Förderkriterien, wie bspw. die verpflichtende Teilnahme am Monitoring- & Reporting-Verfahren, entscheidet eine unabhängige Jury über die Anträge. Die Existenz des Fonds schließt dabei nicht aus, dass einzelne investive Maßnahmen oder die Unterstützung von Projekten auch aus Finanzmitteln der Kommunen und Länder kofinanziert werden können. Bei der Ausgestaltung von Förderprogrammen aus dem Fonds ist darauf zu achten, dass die Förderrichtlinien auch von finanzschwächeren Kommunen erfüllt werden können, denn insbesondere diese Kommunen haben in vielen Fälle keinerlei Spielräume zur Gestaltung einer eigenen nachhaltigen Kulturpolitik. Die Corona-Krise wird zudem die Situation der kommunalen und landeseigenen Kulturretats stark belasten. Der Green Culture Desk ist dafür verantwortlich, auch Mittel aus anderen Förderprogrammen, bspw. auf europäischer Ebene oder aus Programmen der relevanten Bundesministerien, gegenüber Antragssteller\*innen aufzuzeigen, mit denen bspw. die Umstellung auf erneuerbare Energien oder bauliche energetische Sanierungen gefördert werden können.

Zu 8: Bei der ersten Milliarde für das Neustart Kultur Programm I wurde seitens der Bundesregierung versäumt, die Vergabe der Mittel an Nachhaltigkeitskriterien zu knüpfen, insbesondere bei den pandemiebedingten investiven Maßnahmen. Die Förderkriterien sehen leider nur Empfehlungen und Soll-Formulieren vor und das auch nicht in allen Fällen. Damit wird die Chance verpasst, den Kultureinrichtungen und -projekten in der Corona-Pandemie zu helfen ökologisch zukunftsfähig zu werden. Bei der nun vom Bundeskabinett beschlossenen zweiten Milliarde Euro für das „Neustart Kultur II“-Programm darf dieser Fehler nicht wiederholt werden. Bei der Bewilligung von Fördermitteln aus dem Programm müssen Nachhaltigkeitskriterien, insbesondere für die Betriebsökologie eingehalten, nachgewiesen und umgesetzt werden. So müssen beispielsweise bei pandemiebedingten baulichen Investitionen die Materialien Nachhaltigkeitskriterien entsprechen. Damit die Kultureinrichtungen und -projekte die Pandemie-Zeit effektiv nutzen können, soll das „Neustart Kultur II“-Programm auch

das Angebot unterbreiten, Weiterbildungen in Fragen der nachhaltigen Ausrichtung der Kultureinrichtungen und -projekte, finanziell zu fördern.

Zu 9: Die Betriebsökologie ist nur eine Facette von Nachhaltigkeitsfragen in der Kultur. Eine weitere ist die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit. Wir wollen daher auch neue Formen der künstlerischen Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit fördern. Denn gerade Künstler\*innen geben neben Wissenschaftler\*innen sowie Akteur\*innen der Zivilgesellschaft Impulse für eine Transformation der Nachhaltigkeit unserer Gesellschaft. Wir wollen dazu neue Förderinstrumente zur ressortübergreifenden und transdisziplinären Förderungen schaffen, die den Aufbau von langfristigen Strukturen ermöglichen sowie Experimentier- und Freiräume und hybride Modelle von Kooperationsprojekten schaffen. Hierzu wollen wir eng mit der Kulturszene zusammenarbeiten und bereits vorhandene Initiativen berücksichtigen.



